

DER KRIEG IN DER UKRAINE - URSACHEN UND FOLGEN NACH MEHR ALS EINEM JAHR DAUER

Seit dem 24. Februar 2022 tobt in der Ukraine ein dramatischer, tragischer, schrecklicher, vielschichtiger und ungerechter Krieg, in dem beide Seiten militärische Fortschritte verzeichnen und Präsident Putin einen schnellen Sieg der „militärischen Spezialoperation“ verkündet hatte. Städte, Dörfer, nicht nur militärische, sondern auch zivile Einrichtungen werden bombardiert, eine Massenflucht der Zivilbevölkerung, insbesondere von Frauen, Kindern und alten Menschen, ist im Gange. Begleitet wird dies von Propaganda, Desinformation und psychologischer Kriegsführung: Wer ist Feind und wer ist Freund, nicht nur innerhalb des Landes, sondern auch international. Nicht nur die großen russischen Streitkräfte sind in Kampfbereitschaft, das Klirren der Waffen ist auch aus den größten Waffenschmieden der Welt zu hören – den USA und anderen NATO-Staaten. Unmittelbar nach Ausbruch des Krieges hat die deutsche Regierung verkündet, die Ausgaben für die Modernisierung der Bundeswehr um weitere 100 Milliarden Euro (Sondervermögen) zu erhöhen und darüber hinaus den jährlichen Verteidigungshaushalt auf über 2% des Bruttoinlandsprodukts (BIP) anzuheben, so dass die Militärausgaben bald 100 Milliarden Euro pro Jahr erreichen werden. Damit wird Polen an seiner Westgrenze die stärkste europäische Armee gegenüberstehen. Ob eine eigene Aufrüstung oder gar eine Erhöhung des Militärbudgets auf 4% des BIP Polen helfen werden, ist zweifelhaft. Polen, Europa und die Welt brauchen dauerhaften Frieden, keine neue Aufrüstung und keinen Krieg. Krieg ist aber kein "Gottesgeschenk", sondern "die Fortsetzung der Politik mit bewaffneten Mitteln" (General Carl von Clausewitz). In den Medienkommentaren und in den Äußerungen führender polnischer Politiker wird trotz der aktuellen Aufregung und politischen Auseinandersetzungen überwiegend von einem brutalen Überfall und einer Aggression Russlands gegen die Ukraine gesprochen, aber das ist nur ein Teil der Wahrheit. In Wirklichkeit handelt es sich um einen Krieg der USA und der NATO (mit Unterstützung der EU) gegen Russland, der auf ukrainischem Territorium von nicht nur ukrainischen Kämpfern geführt wird, die sowohl wirtschaftlich und finanziell als auch politisch und propagandistisch umfassend unterstützt und mit modernsten, nicht nur defensiven Waffen ausgerüstet werden.

URSACHEN DES KRIEGES IN DER UKRAINE

Die Hauptursache für den gegenwärtigen Krieg in der Ukraine ist der Wunsch der Kräfte, die seit 2014 in der Ukraine an der Macht sind (und die den Staatsstreich vorbereitet und den rechtmäßig vom Volk gewählten ukrainischen Präsidenten Viktor Janukowitsch gestürzt haben), der NATO beizutreten, was als unmittelbare Folge eine Bedrohung der internationalen Sicherheit Russlands bedeuten würde. Ein NATO-Beitritt der Ukraine hätte zur Folge, dass es bald US-Militärstützpunkte in der Ukraine geben würde, unter anderem auf der Krim, aber auch fast vor den Toren von Kursk und Moskau, was Russlands minimale Sicherheitsbedürfnisse sprengen und das noch sehr fragile Gleichgewicht der Bedrohungspotenziale zwischen den beiden Ländern stören würde. Und das ist der wahre Grund für diesen schrecklichen Krieg zwischen zwei brüderlichen slawischen Völkern, die viele gemeinsame historische, sprachliche, kulturelle und religiöse Wurzeln haben – der wahre Grund, um reaktionäre Nationalismen zu fördern und das große Erbe des politischen Fortschritts der Sowjetunion und vor allem der Ukrainischen Sozialistischen Sowjetrepublik (eines sozialistischen ukrainischen Staats, was von den heutigen Machthabern völlig geleugnet wird) zu annullieren. Die sozialistische Ukraine konnte sich großer wirtschaftlicher Errungenschaften rühmen, der Entwicklung einer modernen Industrie, einer hervorragenden Landwirtschaft und eines großen natürlichen Wachstums. Zu Sowjetzeiten strahlte die Ukraine auf die gesamte Sowjetunion aus.

Heute herrschen in der Ukraine, nicht zuletzt wegen des Krieges, Armut und Hoffnungslosigkeit für Millionen Menschen und großer Reichtum für die Oligarchen (die neue Kompradorenbourgeoisie), die das Schicksal der armen Bevölkerungsmehrheit nicht teilen müssen. Sie verschwenden ihren gestohlenen Reichtum im Ausland und in einem arroganten, exzessiven Konsum. Es ist die neue Klasse der Oligarchen, der Müßiggänger und Plünderer gigantischer Volksvermögen vom Typ Kolomojskyj und vieler anderer, die nicht nur einen korrupten Staatsapparat zu ihren Diensten haben, sondern auch über eigene große oligarchische Privatarmeen verfügen. Sie sind es, die die wichtigsten Staatsorgane und ihre obersten Marionetten ernennen, die für einen Judaslohn die noch im Land verbliebenen jungen Männer in den Kampf schicken, oft im Namen von Bandera-Parolen, die auf den rot-schwarzen Bannern der Swoboda-Partei, der Bataillone und Regimenter vom Typ TRYZUB, ASOW, AJDAR, Rechter Sektor, SS Galizien und vieler anderer prangen, deren Vorfahren während der Okkupation für ihre Kollaboration mit den Deutschen „berühmt“ wurden, die „Heil Hitler“ brüllten und „Ruhm der Ukraine, Ruhm den Helden“ riefen, als sie sich 1943 über den Leichen bestialisch ermordeter Polen in der Region Wolhynien fotografieren ließen. Ähnliche Fotos kursieren heute im Internet und verherrlichen die barbarischen Taten der Neobanderisten. Natürlich genießen diese Kräfte die volle Unterstützung der reaktionärsten imperialistischen Zentren Westeuropas, der USA und Kanadas. Sie handeln nach dem bewährten Prinzip: Wer ihnen im Kampf gegen Russland hilft, ist ihr Freund. Die Ukraine gibt etwa 6 % ihres mageren BIP für Rüstung und Militär aus, nicht eingerechnet die massive Hilfe der USA und anderer NATO-Staaten, die sich bisher auf etwa 100 Milliarden Dollar beläuft.

Kapitalismus und Imperialismus können ohne Krieg nicht existieren. Es ist noch nicht lange her, dass die Welt mit großer Erleichterung den Rückzug der USA aus dem blutigen, fast 20 Jahre währenden Krieg in Afghanistan begrüßte, einem Krieg, der Milliarden, wenn nicht Billionen Dollar verschlungen und dem afghanischen Volk große materielle und menschliche Verluste zugefügt hat. Es stellte sich heraus, dass diese Periode des Friedens nur ein kurzes Intermezzo bis zum nächsten Krieg war, den der US-Imperialismus auf einen sensibleren Kriegsschauplatz verlegte, direkt gegen den strategischen Gegner Russland. Der Sturz Russlands nach seiner vermeintlichen Niederlage in der Ukraine wird das Vorspiel für den endgültigen Angriff auf China sein, das der US-Imperialismus als größte strategische Bedrohung und Bollwerk für seine Weltherrschaft betrachtet.

Erinnern wir uns, dass in den 80er Jahren der damalige Führer der UdSSR Michail Gorbatschow bereit war, im Namen der Erhaltung des Friedens nicht nur ideologisch, sondern auch politisch weitreichende Zugeständnisse an die USA zu machen, wie die Begrenzung und Abschaffung der Atomwaffen, die deutliche Reduzierung der Rüstungsausgaben und sogar die Einschränkung von Militärbündnissen. Und er war bereit, im Namen des Aufbaus eines „gemeinsamen friedlichen Europas“ der Auflösung der Deutschen Demokratischen Republik und der Wiedervereinigung Deutschlands zuzustimmen, die in Form der Annexion der DDR 1989/90 tatsächlich stattfand. Schließlich endete Gorbatschows Politik auch mit dem Zusammenbruch des sozialistischen Systems in der UdSSR und deren Zerfall 1991. Im Februar 1991 wurde der Warschauer Vertrag aufgelöst und die NATO nicht nur nicht aufgelöst, sondern sie begann eine neue Osterweiterung, die nicht nur die ehemaligen Volksdemokratien, sondern auch einige ehemalige Sowjetrepubliken einschloss. Derzeit geben die USA fast 900 Milliarden Dollar für Rüstung aus (2023). Der Krieg in der Ukraine zielt darauf ab, das Land in die NATO und die Europäische Union zu integrieren und Russland erheblich zu schwächen, wenn nicht gar zu zerstückeln, was (nach dem Willen der USA) die Basis für eine neue globale Weltordnung bilden soll.

(Quelle: Jürgen Wagner, veröffentlicht am 3. März 2022 auf www.imi-online.de, Informationsstelle Militarisierung (IMD) e.V., zitiert nach: „Der NATO-Prolog des Ukraine-Krieges. Die NATO, Russland und der jahrzehntelange Weg in die Eskalation“. Arbeiterstimme, Zeitschrift für marxistische Theorie und Praxis, Nürnberg, Frühjahr 2022, Nr. 215, S. 7)

Erinnern wir uns an die wichtigsten Äußerungen führender westlicher, vor allem amerikanischer Politiker. Am 8. Februar 1990 weilte der damalige US-Außenminister James Baker zu einem offiziellen Besuch in Moskau und versicherte bei einem Treffen mit dem Generalsekretär des Zentralkomitees der KPdSU Michail Gorbatschow, dass es keine Ausdehnung der Zuständigkeit der NATO auf die östlichen Bundesländer (die damalige DDR) auf dem Gebiet des wiedervereinigten Deutschlands geben werde. Baker antwortete: „I agree“. (vgl. Wagner, Jürgen: *NATO-Expansion? Niemals ...*, in: „RotFuchs“, März 2022, Nr. 290, S. 2.) Später argumentierte Baker jedoch, seine Äußerung habe sich nur auf das Gebiet der damaligen DDR bezogen und keine Verpflichtung zu einer generellen NATO-Erweiterung enthalten.

Bald zeigte sich, dass die USA, die NATO und das wiedervereinigte Deutschland von Anfang an nicht die Absicht hatten, sich an die Zusage zu halten, die NATO nicht zu erweitern, und bald wurden die östlichen Bundesländer nicht nur Teil der militärischen Struktur der Bundeswehr, sondern auch ein Gebiet, in das die NATO militärisch eindrang, was der letzte sowjetische Außenminister E. Schewardnadse kritisierte, indem er daran erinnerte, dass die USA die Zusage gegeben hätten, „die NATO nicht nach Osten zu erweitern“. Die weitere Entwicklung bestätigte den Unwillen westlicher Politiker in dieser Frage. Sie argumentierten sogar, Bakers Zusage sei nur mündlich erfolgt und nicht in Form eines völkerrechtlichen Vertrages niedergelegt worden. (Ebenda S. 2. Vgl. auch Partjonow, Denis: *Die Völker brauchen Frieden*, in: *Unsere Zeit*, Essen 2022-04-01, Nr. 13.)

KONTERREVOLUTION UND ZUSAMMENBRUCH DER SOWJETUNION – DIE REGIERUNG JELZIN

Gleichzeitig gab es weitere Schritte auf dem Weg der Zersetzung der ehemaligen sozialistischen Gemeinschaft, dies galt nicht nur für den RGW, sondern auch für den Warschauer Vertrag. Im August 1991 kam es in Moskau zum sogenannten Janajew-Putsch, der den raschen Zusammenbruch der KPdSU und die (illegale) Auflösung der Sowjetunion (Dezember 1991) einleitete, was die sozialistischen Kräfte erheblich schwächte und die kapitalistisch-imperialistischen Kräfte unter Führung der USA stärkte, auch in Russland und den Ländern der ehemaligen UdSSR. Eine große Rolle bei der Zerstörung und dem Zusammenbruch der Sowjetunion spielte der letzte Generalsekretär der KPdSU und spätere (erste und letzte) Präsident der UdSSR Michail Gorbatschow, der (ähnlich wie Boris Jelzin) nie für das große Unglück, das über das sowjetische Volk hereinbrach, verantwortlich gemacht wurde. Vielmehr wurden seine „großen Verdienste um die Demokratisierung Russlands“ hervorgehoben. Die Russische Föderation wurde unter der Führung Jelzins gegründet, der die Kommunistische Partei der Sowjetunion auflöste und verbot. In der Folge wurde Russland zu einem oligarchisch-bürgerlichen Staat, der sich programmatisch von der ideologischen und politischen Geschichte und den Errungenschaften der UdSSR distanzierte und in der internationalen Politik faktisch zu einem Staat der sogenannten Dritten Welt wurde, in dem die herrschende Kompradorenbourgeoisie (vor allem die großen Oligarchen) zu einem Musterbeispiel neokolonialer

Herrschaft nach dem Vorbild der USA wurde. Als „Belohnung“ wurde es in die sogenannte Gruppe der 7 plus 1 (oder G8) aufgenommen. Dies führte zum sozioökonomischen und politischen Zusammenbruch Russlands und anderer Länder der ehemaligen UdSSR, der sich in einem drastischen Rückgang der Produktion, hoher Arbeitslosigkeit, steigender Sterblichkeit und dem Export von Volksvermögen ins Ausland durch ausländisches Kapital und einheimische Oligarchen manifestierte. Nach wenigen Jahren lag Rußland buchstäblich am Boden, und die Herrschaft Jelzins führte nicht nur zum Zusammenbruch des Staates, sondern auch des russischen Volkes, was erst zehn Jahre später von fortschrittlicheren, national orientierten russischen Kreisen, vor allem aus den Reihen des KGB, d. h. des Sicherheitsdienstes, erkannt wurde, die 1999/2000 in einem friedlichen Staatsstreich den Rücktritt Jelzins und die Machtübernahme durch den KGB-Oberstleutnant W. Putin herbeiführten.

Die Politik Jelzins förderte die Konsolidierung des Kapitalismus und des US-Imperialismus nicht nur auf internationaler, sondern auch auf innenpolitischer Ebene. Es war die Zeit der größten historischen "Schwächung" des russischen Staates. Der Zusammenbruch und die Auflösung der UdSSR und die zunehmende Schwäche der Russischen Föderation wurden von den USA und der NATO für ihre weitere Expansion nicht nur in Europa, sondern auch in der Welt ausgenutzt, die sich in neuen Kriegen in Jugoslawien, im Nahen Osten und vor allem in der weiteren Osterweiterung der NATO manifestierte. Besonders begünstigt wurde diese Expansion durch das politische und militärische Vakuum nach der Auflösung des Warschauer Vertrages 1991 und die Machtübernahme antikommunistischer Parteien und Bewegungen in den ehemals volksdemokratischen Ländern, die sich an der EWG, später an der Europäischen Union, den USA und der NATO orientierten. Ein wichtiger Schritt zur Integration der mittel- und osteuropäischen Staaten in die NATO war 1994 das Projekt "Partnerschaft für den Frieden", das den Weg zur weiteren Integration in die NATO-Strukturen und zur NATO-Mitgliedschaft ebnete. Zuvor hatte sich auch Russland für bestimmte Formen der Zusammenarbeit mit der NATO geöffnet und sogar zur Zeit der US-Aggression gegen Afghanistan einen großen Militär- und Kommunikationsstützpunkt in Uljanowsk zur Verfügung gestellt, der für den Lufttransport von schwerem Gerät und Rüstungsgütern aus den USA über Deutschland nach Afghanistan notwendig war, was erst 2007 nach der berühmten Rede Putins auf der Münchner Sicherheitskonferenz gestoppt wurde, in der Putin die NATO-Osterweiterung scharf kritisierte,.

Um es noch einmal zu sagen: Die Osterweiterung der NATO nach 1989 bis 1991 war eine Folge des Zusammenbruchs des Sozialismus in Europa, vor allem der Sowjetunion, der Gemeinschaft der sozialistischen Staaten, der Auflösung des Warschauer Vertrages. Es war kein spontaner Prozess, sondern eine Folge des Sieges der konterrevolutionären Kräfte in den Ländern der ehemaligen UdSSR und der Volksdemokratien, die von ausländischen bürgerlichen Zentren unterstützt und aktiv gefördert wurden. Die siegreiche neue, wiederbelebte Lumpenbourgeoisie (hauptsächlich ausländisches Kapital) war schwach, hatte keinen Rückhalt in der Bevölkerung, vielleicht mit Ausnahme von Polen dank der Solidarność und der katholischen Kirche. Sie brauchte daher nicht nur die Unterstützung ihrer Wirtschafts- und Finanzinstitutionen, sondern auch die des Militärs, um die massive Plünderung des gesellschaftlichen Eigentums durchzuführen und den Widerstand der unterdrückten Arbeiter und der wachsenden Zahl der Arbeitslosen zu besänftigen. Sie träumte davon, den strategischen Plan zur Ausdehnung der NATO "von Lissabon (oder eher Vancouver) bis Wladiwostok" umzusetzen.

Von Anfang an verfolgten diese Kreise einen Kurs der Integration mit den großen kapitalistischen Zentren, d. h. mit der EWG und später der Europäischen Union, und in militärischer Hinsicht mit den Strukturen der NATO, die die neue Bourgeoisie wirksam gegen die Gefahr eines Wiederauflebens der sozialistischen Gesellschaftsordnung verteidigen sollte. Gleichzeitig sollte die NATO der Garant für die Unumkehrbarkeit des Systemwechsels in diesen Ländern sein. In den internationalen Beziehungen sollte die Integration in die NATO auch als militärisches Bollwerk gegen einen möglichen Politikwechsel in Russland und gegen die wachsende Macht der Volksrepublik China dienen, die sich in Richtung einer "Marktwirtschaft", aber einer sozialistischen Wirtschaft entwickelt hat und immer noch von der Kommunistischen Partei Chinas regiert wird. Der gegenwärtige Krieg in der Ukraine fügt sich daher logisch in die Pläne des US-Imperialismus zur Zerschlagung Russlands und danach Chinas ein. Es war eine PR-Meisterleistung, Russland Ende Februar 2022 zu einer "militärischen Spezialoperation" zu provozieren, die sich als ein unterschätztes, unvorbereitetes und katastrophales militärisches Unterfangen nicht nur für die Armee, sondern für Russland als Ganzes erwies, wovor der Verband der Offiziere, Reservisten und Veteranen Russlands gewarnt hatte. (vgl. Kommuniqué des Präsidenten des Verbands vom Februar 2022, online veröffentlicht.)

Russland hat nicht nur in wirtschaftlicher, sondern auch in militärischer Hinsicht große Schwächen offenbart. Einer der Gründe dafür liegt vielleicht in der Rivalität zwischen den sogenannten "Silowiki", oder allgemeiner gesagt, zwischen den Sicherheitsdiensten – der politischen Polizei, aus der der derzeitige Präsident und seine engsten Mitarbeiter stammen – und der Armee. Das Problem besteht darin, die politische Verantwortung zu übernehmen und eine neue ordnende und konsolidierende Kraft für den riesigen Staat zu schaffen. Russland hat sein "Gesicht" als friedlicher, wehrhafter Staat, der die Interessen und Werte der

„Russischen Welt“ verteidigt, verloren. Es ist nicht möglich, innerhalb der Grenzen der Sowjetunion ein "Großrussland" auf der Grundlage der Werte und Parolen des großrussischen Nationalismus und der orthodoxen Kirche wieder aufzubauen, wie es dem derzeitigen Präsidenten der Russischen Föderation W. Putin vorschwebt. Die baltischen Staaten, Aserbaidschan und Georgien haben sich längst von Russland abgewandt, Moldawien hat den Beitritt zur Europäischen Union beantragt und integriert sich mit Rumänien. Die zentralasiatischen Republiken werden zunehmend von Konzernen des westlichen Großkapitals dominiert, kulturell und teilweise politisch von der Türkei und dem Islam, wirtschaftlich auch von China. Das größte Problem ist die Ukraine wegen ihrer Größe, ihrer geostrategischen und wirtschaftlichen Bedeutung und der möglichen Herausbildung eines neuen konkurrierenden Zentrums der "russischen Welt" um das künftige "heilige Kiew" in Konkurrenz oder gar Konfrontation zum russischen Moskau.

Aus diesen Gründen liegt ein großer Teil der Verantwortung für den Ausbruch des Krieges bei der wieder erstarkten Kompradorenbourgeoisie und der nationalen Bourgeoisie Russlands, die die Gefahr des räuberischen amerikanischen Imperialismus und des bürgerlich-kapitalistischen Imperialismus im Allgemeinen verkannt haben, der nicht die Absicht hatte, auf Russland irgendein "Gesetz der Gleichheit" anzuwenden und ihm die Rolle eines schwächeren, aber unabhängigen "kleinen Bruders" zuzugestehen. Die Führungszentren der USA haben die Absicht, Russland als Supermacht und unabhängigen Staat vollständig zu zerstören. Das hat unter anderem Prof. Z. Brzezinski in seinem Buch "The Grand Chessboard" mit dem Plan der vollständigen Aufteilung Russlands in mindestens drei politische Regionen – Europäisches Russland, Sibirien und Ferner Osten – dargelegt, die seiner Meinung nach als formal unabhängige Staaten fungieren könnten, de facto aber politisch und wirtschaftlich völlig von den USA abhängig wären. (Es geht dabei vor allem um die riesigen natürlichen Ressourcen Sibiriens.) Der Professor vergaß dabei die nationalen Ambitionen der zahlreichen nichtrussischen Nationen und Nationalitäten an der Wolga, im Nordkaukasus und in Sibirien, die ebenfalls Unabhängigkeitsbestrebungen äußern und zu eigenständigen Staatsgebilden heranreifen, was die staatspolitische Situation der Russischen Föderation weiter verkompliziert. Gleichzeitig setzt der US-amerikanische und europäische Imperialismus derzeit auf eine "unabhängige Ukraine" als rivalisierendes Integrations- und Konkurrenzzentrum zu Moskau und der „Russischen Welt“.

DIE REGIERUNG PUTIN UND DIE FOLGEN FÜR RUSSLAND UND DIE UKRAINE

Diese Hoffnungen und Pläne zerschlugen sich mit dem Sturz der Regierungen der Kompradorenbourgeoisie und Jelzins und dem Sieg der Fraktion der russischen nationalen Bourgeoisie unter der Führung von W. Putin. Das ist nicht der einzige Unterschied zwischen dem Putin- und dem Jelzin-Regime. Die Herrschaft Putins ist eine gewisse Mutation der bonapartistischen Herrschaft, an deren Aufstieg vor allem die Generalität und das Militär beteiligt waren. Im Russland Jelzins wurde Jelzin von einer zweiten bedeutenden militärischen Kraft gestürzt, nämlich der politischen Polizei (KGB), die mit ihren eigenen Streitkräften die innere Ordnung des Staates sicherte. Dies ist keine Ausnahme in der Geschichte Russlands und der UdSSR. Schon zu Zeiten Iwans des Schrecklichen gab es eine solche Truppe, die Oprichnina, die den Aufstand der Bojaren niederschlug und das Terrorregime und die Alleinherrschaft des Zaren etablierte. Erinnerung sei auch an den Kampf um politischen Einfluss zwischen dem NKWD und der Armee in der Stalinzeit und an die Rolle des NKWD bei der Unterdrückung der Opposition in der Armee, wofür Marschall M. Tuchatschewski angeklagt wurde. In den folgenden Jahren bildeten das NKWD und Beria persönlich die wichtigste Stütze Stalins und seiner Fraktion in der Kommunistischen Allunionspartei (Bolschewiki) an der Spitze des Staates. Diese Situation dauerte bis zu Stalins Tod im März 1953, zu dem Beria selbst einen wichtigen Beitrag leisten sollte, da er insgeheim Ambitionen auf die Führung der Partei und der Regierung der UdSSR hegte. Diese Pläne wurden von der Armee und ihren Marschällen (vor allem G. Schukow) vereitelt, die die Polizeidiktatur nach Stalins Tod für unerträglich hielten und ihn im Juni 1953 durch einen Gegenputsch stürzten. Vor dem Hintergrund der Rivalität zwischen den polizeilichen und militärischen Kräften wurde Nikita Chruschtschow neuer Erster Sekretär des ZK der KPdSU.

Die Herrschaft Putins hat den Machtfaktor Polizei in der russischen Politik gestärkt, doch der Krieg in der Ukraine stieß auf heftige Kritik und sogar auf Widerstand gegen seine Vorbereitung, wie eine Rede des Vorsitzenden des Verbandes der Offiziere, Reservisten und Veteranen Russlands zeigte, der den Krieg als unvorbereitet bezeichnete und schlimme Folgen nicht nur für die Armee, sondern auch für das Land befürchtete. Dies war ein klares Signal der Armee, dass sich die Wege innerhalb der russischen "Silowiki" trennten. Gleichzeitig bewies der weitere Verlauf des über ein Jahr dauernden Feldzuges in der Ukraine, dass die Vorbehalte und die Kritik berechtigt waren und dass der weitere Verlauf dieses Krieges und die Zukunft Russlands von großer Unsicherheit geprägt sind.

Gleichzeitig führte der Zusammenbruch des Sozialismus in der UdSSR zu einer weiteren Schwächung nicht nur des wirtschaftlichen Potentials, sondern auch der Verteidigungskraft und zu einer Schwächung und einem Niedergang des sowjetischen Volkes als einer multiethnischen (im politischen, nicht im ethnischen

Sinne) nationalen Gemeinschaft, die die Klassen und Schichten der Werktätigen nicht nur Russlands, sondern auch der anderen Länder der Sowjetunion vereinte. Es entstand ein neuer "Patriotismus" der siegreichen Bourgeoisie, nicht nur in Russland, sondern auch in anderen postsowjetischen Staaten, dessen Hauptgrundlage der alte und neue Nationalismus und Nationalchauvinismus wurde, der auch die Unterstützung der orthodoxen Kirche und anderer Religionen, vor allem des Islam, suchte. Die genannten Faktoren führten dazu, dass Russland nach dem Zusammenbruch des Sozialismus nicht nur seine frühere Stellung als Weltmacht verlor, sondern auch territorial in die Mitte des 17. Jahrhunderts zurückgefallen ist. Dieser tiefgreifende nationalpolitische Zerstörungsprozess Russlands dauert an, wie unter anderem der Verlauf und das Schicksal des Krieges in der Ukraine zeigen.

Putins Prahlerei über einen siegreichen einwöchigen Feldzug ("militärische Spezialoperation") in der Ukraine hat sich nicht bewahrheitet. Der Krieg hat die große militärische und wirtschaftliche Schwäche Russlands und den hohen Grad der militärischen Vorbereitung der ukrainischen Armee (vor allem dank der massiven Unterstützung des Westens) auf einen Verteidigungskrieg gezeigt. Russland unterschätzte die militärischen, wirtschaftlichen, finanziellen und propagandistischen Fähigkeiten der USA, der NATO und der Länder der Europäischen Union bei der Stärkung ihres militärischen Potenzials (300.000 Mann schnelle Eingreiftruppe an der Ostflanke der NATO, wie auf dem NATO-Gipfel in Madrid im Juni 2022 beschlossen). Es unterschätzte die wirtschaftliche und politisch-moralische Unterstützung für das ukrainische Regime und die beschleunigte Integration der Ukraine in die Strukturen nicht nur der Europäischen Union (Kandidatenstatus), sondern auch der NATO. Auf dem genannten NATO-Gipfel wurde die Ukraine de facto in den Status eines informellen NATO-Mitglieds erhoben, was einen weiteren Schritt in der Transformation des Krieges in der Ukraine von einem lokalen zu einem globalen Krieg darstellt.

Gleichzeitig gelang es dem Regime, durch intensive Propaganda und das Kriegsrecht den patriotischen Zusammenhalt der ukrainischen Bevölkerung auf der Grundlage nationalistischer Parolen zu stärken, die die Bereitschaft zur Verteidigung des eigenen Nationalstaates und der unabhängigen Existenz einer stark in den Westen integrierten Ukraine erhöhten und nicht nur den Beitritt zur Europäischen Union, sondern auch zur NATO anstrebt. Bei einem Teil der jungen Generation hat sich das Argument durchgesetzt, dass es besser sei, sich in den reichen und wohlhabenden Westen zu integrieren, selbst um den Preis des Verlustes der Unabhängigkeit, als sich mit dem autokratischen Russland zu arrangieren, das zwar auch kapitalistisch ist, aber ein noch schlimmeres oligarchisch-bürgerliches System hat. Auf der anderen Seite kann sich Russland die erneute Erweiterung der NATO nicht leisten, und es zeigt sich, dass die seit über einem Jahr andauernden militärischen Auseinandersetzungen diesen Widerspruch nicht auflösen können. Da jedoch weder die eine noch die andere Seite in der Lage ist, einen entscheidenden militärischen Vorteil zu erringen, scheint die einzige Lösung darin zu bestehen, einen Mittelweg zu finden. Eine solche Lösung bestünde darin, die Ukraine völkerrechtlich und militärisch als neutralen Staat zu definieren und damit eine NATO-Mitgliedschaft auszuschließen, was aber die Möglichkeit einer Integration in die Europäische Union mit einem Status ähnlich dem Irlands, Österreichs und früher Schwedens und Finnlands nicht ausschließen würde. Ein solcher internationaler Status könnte beide Seiten des Konflikts zufrieden stellen, wobei die extremen Flügel beider Seiten (die "Falken") ihre bisherige Politik aufgeben müssten.

Entgegen früheren Erwartungen wird dieser Krieg nicht schnell enden, da beide Seiten gewillt sind, um den Sieg zu kämpfen. Die Militärs drohen mit dem Einsatz von Atomwaffen. Die kommenden Monate werden zeigen, ob es eine Chance gibt, den Krieg zu beenden. Skeptiker bezweifeln eine solche Lösung, insbesondere nach der Verschärfung des NATO-Kurses nach dem Madrider Gipfel im Juni 2022, an dem auch die Premierminister Japans, Taiwans, Südkoreas, Singapurs, Australiens und Neuseelands teilnahmen. Der Schlüssel zur Beendigung des Krieges liegt in Washington. Solange die Demokraten mit Biden als Präsident an der Macht sind, wird der Krieg weitergehen, aber die Präsidentschaftswahlen stehen vor der Tür (2024), die US-Wirtschaft schwächelt, der Krieg ist bei der arbeitenden Bevölkerung unpopulär, Unruhen und Proteste nehmen zu. Das Großkapital und die Rüstungskonzerne mästen sich am Krieg. Der ehemalige Präsident D. Trump hat bereits seinen Wahlkampf begonnen und ein schnelles Ende dieses Krieges und sogar die "Auflösung der NATO" angekündigt. Ob dies nur ein Wahlkampflogan oder echte Politik ist, wird die Zukunft zeigen.

Russland hat derzeit wohl keine Chance, den Austritt der ehemaligen Volksdemokratien und auch der baltischen Republiken aus der NATO zu erzwingen, scheint aber auf die Bedingung des neutralen Status der Ukraine und das Verbot ihrer NATO-Mitgliedschaft nicht verzichten zu wollen. Dies schließt jedoch nicht die bereits erwähnte Mitgliedschaft in der Europäischen Union aus, die die Ukraine seit vielen Jahren anstrebt, indem sie ihre politischen und wirtschaftlichen Bedingungen und Gesetze Schritt für Schritt an die Standards und Anforderungen der EU anpasst und nach dem EU-Gipfel im Juni 2022 den Status eines EU-Beitrittskandidaten erhalten hat. Dies wäre eine halbherzige Lösung, die für die Russische Föderation wahrscheinlich vorübergehend akzeptabel wäre, aber die Einbeziehung der Ukraine in die militärischen Ambitionen der Europäischen Union, in den kommenden Jahren zu einer neuen internationalen militärischen

Struktur (neben der NATO) zu werden, nicht völlig ausschließt. Man könnte meinen, dass angesichts der grundlegenden Interessengegensätze zwischen den Parteien sogar ein Waffenstillstand (nicht Frieden) eine dauerhafte, vorübergehende Möglichkeit zur Beendigung des Konflikts sein könnte.

Frieden ist ein hohes Gut, man sagt sogar, ein schlechter Frieden sei besser als ein guter Krieg. Es gibt jedoch auch Stimmen, die behaupten, dass Frieden in der Geschichte der Menschheit nie von Dauer gewesen sei, dass er als Zwischenkrieg (*si vis pacem, para bellum*) bezeichnet wurde und dass Kriege daher die Norm seien. Diese Behauptung spiegelt sich auch in den Widersprüchen der modernen Welt wider, wie die ständigen Kriege der USA und anderer imperialistischer Staaten zeigen, um nur Korea, Vietnam, den Nahen Osten, Jugoslawien, Libyen und Afghanistan zu nennen. Auch im aktuellen Krieg in der Ukraine sind die USA und die NATO strategisch involviert. Die berechtigte Frage ist, ob sie ihre imperialistischen, egoistischen Interessen, Bestrebungen und ihre Vorherrschaft aufgeben werden, was zu bezweifeln ist. Deshalb müssen sich die Kräfte des Fortschritts und des Sozialismus in der Welt neu organisieren, um den militanten Imperialismus, der den Krieg zu seinem großen Geschäft gemacht hat, nicht nur zu stoppen, sondern ihn in die Defensive zu zwingen und sogar seine historische Schwächung und schließlich seine Überwindung anzustreben. Lenin hat in der Zeit des Ersten Weltkrieges (in Anlehnung an die Jakobiner) die Losung ausgegeben, den imperialistischen Krieg in einen revolutionären Krieg umzuwandeln ("Friede den Hütten, Krieg den Palästen"), der zwar auch schrecklich ist, aber die Verheißung von Frieden und sozialer Gerechtigkeit in sich trägt, der ein gerechter Krieg nicht für die Kapitalisten und Ausbeuter, sondern für das Proletariat ist. Zu dieser Losung und diesem Programm sollten die kommunistischen und sozialistischen Parteien und andere fortschrittliche gesellschaftliche Kräfte jetzt zurückkehren. Ohne sozialistische Revolution und Sozialismus sieht die Zukunft der Ukraine, Russlands und der ganzen Welt sehr düster aus, wenn nicht gar eine nukleare Katastrophe droht.

Ein wirklicher Kampf für einen dauerhaften Frieden ist möglich und kann siegreich sein und die erwarteten guten Ergebnisse für die Völker und die Werktätigen bringen, wenn er mit einer neuen sozialistischen und demokratischen Revolution verbunden wird, mit dem Kampf zum Sturz der Herrschaft der kapitalistischen Macht, der Ausbeuter, mit dem Kampf gegen die Unterdrückung und Ausbeutung der Völker durch die Kräfte des internationalen Kapitals und ihrer nationalen Vasallen. Die Losung des Strebens und des Kampfes des ausgebeuteten und unterdrückten Proletariats muss einmal mehr die Losung der "Internationale" sein:

„Wacht auf, Verdammte dieser Erde, die stets man noch zum Hungern zwingt! ...“

Der Krieg Russlands gegen die Ukraine ist ein multilateraler ungerechter Krieg, aber er kann in einen gerechten Krieg umgewandelt werden, wenn in Russland erneut eine antikapitalistische, antioligarchische, demokratische und sozialistische Revolution siegt. Er wird das Signal und die Initialzündung für den Sieg der revolutionär-kommunistischen Kräfte in der Ukraine und für die Schaffung einer vereinigten Klassenfront sein, um gegen die eigenen Oligarchen und ihre politischen Marionetten zu kämpfen, die von ausländischen Imperialisten unterstützt werden. Der Krieg in der Ukraine beweist, dass die Bedingungen für diese Revolution nicht nur in der Ukraine und in Russland, sondern auch in anderen Ländern der ehemaligen Sowjetunion und in anderen Regionen der Welt heranreifen. Das ist die reale Chance und das Kampfprogramm für das Proletariat und die anderen Werktätigen, die die große Mehrheit der Menschheit ausmachen. Die gegenwärtige Epoche ist die Epoche des Kampfes zwischen Kapitalismus und Sozialismus. Der Krieg in der Ukraine dokumentiert die Ausweglosigkeit der kapitalistischen Ordnung für die Welt der Arbeit und die Unmöglichkeit einer friedlichen Lösung der Widersprüche des Kapitalismus im Inneren wie im internationalen Maßstab. Rosa Luxemburg schrieb vor über 100 Jahren: "Sozialismus oder Barbarei". Diese Prognose ist auch heute noch aktuell.

Die Analyse der langjährigen amerikanisch-russischen Beziehungen zeigt, dass die USA und die NATO nach dem Zusammenbruch der UdSSR und der Auflösung des Warschauer Vertrages systematisch gegen ihre Verpflichtung verstoßen haben, die NATO nicht nach Osten auszudehnen. Diese Politik wurde von den damaligen Regierungen der Russischen Föderation unter Jelzin und den Regierungen der mittel- und osteuropäischen Länder, die den Weg der Integration in die NATO- und EU-Strukturen eingeschlagen hatten, geduldet und sogar gefördert. Die antikapitalistischen Kräfte in diesen Ländern, insbesondere die kommunistischen und sozialistischen Parteien, waren zersplittert und geschwächt und verfügten über keinen wirklichen Einfluss, um sich diesen Prozessen zu widersetzen. Auch die internationale Lage war nicht günstig. Seit 1989-91 gab es eine 20-jährige Periode der sogenannten Pax Americana, d. h. der größten Erfolge der USA und ihrer dominierenden Weltherrschaft. Diese Periode dauerte etwa bis 2007-10, als die Welt von der großen Finanz- und Wirtschaftskrise erfasst wurde, die 2008-09 ihren Höhepunkt erreichte, die Grundlagen der kapitalistischen Wirtschaft, vor allem in den USA, erschütterte und tiefe Widersprüche innerhalb der kapitalistischen Staaten offenbarte. Es gab Differenzen zwischen den USA und der Europäischen Union, aber auch zwischen Russland, China und Japan. Vor allem aber hat sich die Volksrepublik China an die Spitze der wirtschaftlichen Prozesse gesetzt. Sie hat von Anfang an die politische

und militärische Vorherrschaft der USA nicht anerkannt und gleichzeitig für sich günstige Formen der handelspolitischen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit gefunden, die es ihr ermöglichten, in die erste Reihe der Weltwirtschaft aufzusteigen.

Gestützt auf das Bündnis mit China gelang es Russland, wichtige Teile seiner Wirtschaft wieder aufzubauen und – auch durch den Ausbau seiner Rohstoffindustrie – sein sozioökonomisches und militärisches Potenzial erheblich zu steigern. Dies bildete die Grundlage für außenpolitische Veränderungen, die darauf abzielten, sich einer weiteren Osterweiterung der NATO und insbesondere einem NATO-Beitritt der Ukraine zu widersetzen. Die Situation spitzte sich Ende 2021 zu, als der Präsident der Russischen Föderation die USA und die NATO kategorisch aufforderte, die Politik der weiteren NATO-Erweiterung und die Bestrebungen der Ukraine nach einer NATO-Mitgliedschaft aufzugeben und die Länder, die dem Pakt nach 1997 beigetreten waren, aus der NATO auszuschließen. Die USA und die NATO, unterstützt von der Europäischen Union, lehnten dies ab, was zur unmittelbaren Ursache des Krieges zwischen Russland und der Ukraine wurde, der am 24. Februar 2022 ausbrach und bis heute andauert. Nach mehr als einem Jahr ist mangels eines eindeutigen Sieges Russlands und aufgrund des Widerstands der ukrainischen Armee, die von den USA mit moderner Bewaffnung und Satellitenaufklärung unterstützt wird, eine Pattsituation zwischen den beiden Konfliktparteien entstanden, die beide Seiten zu einer Kompromisslösung zwingt.

SCHLUSSFOLGERUNGEN FÜR RUSSLAND, DIE UKRAINE UND DIE WELT

Die bisherige Analyse lässt den Schluss zu, dass die Hauptgründe für Russlands militärisches Vorgehen gegen die Ukraine die Expansion der USA und der NATO gegen die Ukraine, das Streben nach deren Mitgliedschaft und anschließender militärischer Integration in dieses aggressive Bündnis sowie die mögliche Stationierung von Raketen an der Flanke Moskaus und Kursks waren. Das ist der wahre Grund für diesen schrecklichen Krieg zwischen zwei brüderlichen slawischen Nationen. Die Hauptverantwortung für den Ausbruch dieses Krieges trägt der US-Imperialismus, was auch durch den Auftritt des US-Präsidenten J. Biden bei seinem Besuch in Polen Ende März 2022 bestätigt wurde, als er nicht nur die Ukrainer, sondern auch die Polen zum Kampf gegen das "böse Imperium" aufrief. Diese Ausrichtung der US-Politik wurde von Biden bei einem erneuten Besuch des US-Präsidenten in Warschau im Februar 2023 und zuvor bei einem unerwarteten Besuch in Kiew bekräftigt. Der Krieg brach auch deshalb aus, weil die seit 2014 wieder erstarkten bürgerlich-kapitalistischen Kräfte ihre politische und militärische Position in der Ukraine gefestigt hatten. Innerhalb dieser Kräfte spielen nationalistische und faschistische Parteien und Gruppierungen mit Verbindungen zur alten Bandera-Tradition und zu neuen Strömungen des Faschismus eine wichtige Rolle.

Dieser Krieg wird vor allem von Amerika gebraucht, er wird vom US-Imperialismus als Vorspiel für einen größeren Krieg gegen Russland behandelt, und es liegt im Interesse der USA, dass er so lange wie möglich dauert, auch um den Preis weiterer großer Opfer und Verluste, nicht nur in der Ukraine. Heute, nach mehr als einem Jahr Krieg, werden diese Verluste auf beiden Seiten auf über 100.000 Tote und noch viel mehr Verwundete geschätzt, ebenso wie die enormen materiellen Schäden, die nicht in Milliarden, sondern auf bis zu einer Billion Dollar beziffert werden. Die Ukraine entvölkert sich, ihr droht ein weiterer wirtschaftlicher Zusammenbruch, und wir dürfen nicht vergessen, dass sie riesige Mengen an Nahrungsmitteln nicht nur für den Eigenbedarf, sondern auch für den Export produziert hat. Diese Engpässe sind bereits in vielen Teilen der Welt spürbar. Experten gehen davon aus, dass der Wiederaufbau der zerstörten Infrastruktur mindestens 15 Jahre dauern wird. Am Rande sei bemerkt, dass der Staatspräsident der VR China Xi Jinping, als ob er die schrecklichen Folgen des Krieges vorausgesehen hätte, die ukrainischen Behörden vor der Kriegsgefahr gewarnt und ihnen den Status eines neutralen Staates als wichtige Brücke zwischen Ost und West angeboten hat. Der Ausbruch des Krieges in der Ukraine hat die alte Wahrheit bestätigt, dass Kapitalismus und Imperialismus nicht ohne Krieg auskommen. Die Geschichte des zwanzigsten Jahrhunderts und die letzten zwanzig Jahre bestätigen dies eindeutig. Der gegenwärtige Krieg in der Ukraine fügt sich logisch in die imperialistische Politik der USA und der NATO ein, die auf die Eroberung Russlands und die Aneignung seines riesigen Territoriums und seiner enormen Bodenschätze, insbesondere in Sibirien und im Fernen Osten, abzielt, um in einem nächsten Schritt die Volksrepublik China zu vernichten, die nicht mehr nur ein Handels- und Wirtschaftskonkurrent, sondern der Hauptklassenfeind ist und von der Kommunistischen Partei Chinas regiert wird. Ob diese imperialistischen Hoffnungen und Pläne in Erfüllung gehen, wird die Zukunft zeigen.

Die Geschichte der Kriege beweist, dass sie eine Fortsetzung der Politik mit Waffengewalt sind. Die Wirtschaftsgeschichte zeugt davon, dass Kriege ein Mittel der großen imperialistischen Staaten waren, um Finanz- und Wirtschaftskrisen zu überwinden und die eigene wirtschaftliche Prosperität anzukurbeln. In diesem Sinne sind auch die aktuellen Ursachen des Krieges in der Ukraine zu verstehen. Die kapitalistische Welt befindet sich seit mehr als zwei Jahren in einer Krise. Die USA, die wichtigste ökonomische Lokomotive der kapitalistischen Welt, sind in eine Krise geraten, nachdem sie den Krieg in Afghanistan 2020/21 und ihr "politisch-internationales Gesicht" verloren haben und nicht nur große militärisch-politische Verluste erlitten

haben, sondern auch Billionen Dollar an materiellen Verlusten, die sich negativ auf die Wirtschaft und die Finanzen der USA ausgewirkt haben. Die herrschenden Kreise in den USA haben in neuer Aufrüstung und neuen Ausgaben für das Pentagon ein probates Mittel gefunden, diese negativen Trends zu stoppen. Der neue Krieg bedeutet eine Verschärfung der internationalen Spannungen, einen Anstieg der internationalen Rüstungsaufträge an die USA und die Entwicklung neuer Generationen von Rüstungsgütern bei gleichzeitiger Wiederbelebung des wirtschaftlichen Aufschwungs. Der militärisch-industrielle Komplex hat Grund zur Freude. Der neue Krieg erhöht die Bedeutung und die Rolle der US-Soldateska nicht nur im Ausland, sondern auch im Innern, indem er die Institutionen und Mechanismen der Demokratie nicht nur in den USA einschränkt. Die Krise greift auch auf viele andere Länder über, die Produktion bricht ein, die Zahl der Arbeitslosen steigt und die Inflation nimmt zu. In Polen blicken die Werktätigen trotz der lautstarken Regierungspropaganda mit großer Sorge in die Zukunft, die Preise steigen von Tag zu Tag, die Energiekrise und der Winter machen Angst. Die Militärausgaben (die bis 2023 auf 4% des BIP steigen sollen) nehmen ständig zu, während der Sozialhaushalt schrumpft.

Diese gefährlichen Tendenzen setzen sich auch in der Europäischen Union fort, die versucht, eine eigene (von der NATO unabhängige) Militärstruktur aufzubauen. Die weitreichendsten Veränderungen in der Militarisierung finden in Deutschland statt, das seine Militärdoktrin nach dem Krieg in der Ukraine radikal geändert hat. Am 27. Februar 2022 beschloss Bundeskanzler Olaf Scholz eine radikale Aufstockung des Bundeswehretats um ca. 100 Milliarden Euro als "Sondervermögen", was ähnlich hohe jährliche Ausgaben (über 2% des BIP) für die Bundeswehr und in Kürze die Schaffung der stärksten Armee in Europa, gestützt auf die am besten entwickelte Rüstungsindustrie bedeutet. Der deutsche Bundeskanzler erklärte, dass Deutschland entschlossen sei, einen Teil der Verantwortung der NATO zu übernehmen und "jeden Zentimeter des NATO-Territoriums verteidigen" werde. Natürlich muss Deutschland nach wie vor mit Frankreich rechnen, das einen relativ stabilen und dominanten Gegenpol in Europa darstellt. Dies hinderte den deutschen Botschafter in Warschau jedoch nicht daran, die oben genannten Informationen zu kommentieren. Auf die Frage eines Journalisten, ob dies auch bedeute, dass Bundeswehrtruppen in Polen einmarschieren und dort "stationiert" werden könnten, um diese Aufgabe zu erfüllen, antwortete er: "So etwas kann ich mir durchaus vorstellen ... aber ich will nicht ins Detail gehen".

(Quelle: Bielecki, Jędrzej: Putin handelt sehr brutal, aber bisher ist er noch nicht verrückt geworden. Interview mit dem deutschen Botschafter in Polen Arndt von Loringhoven, in: Rzeczpospolita, 2022-03-01, Nr. 49/2022.)

Bereits um die Jahreswende 2022/23 fanden unter großer Geheimhaltung Verhandlungen zwischen der polnischen und der deutschen Regierung über die Möglichkeit der Stationierung einer mit "Patriot"-Raketen ausgerüsteten Bundeswehreinheit an der polnisch-ukrainischen Grenze zum Schutz des polnischen Territoriums vor russischen Raketen statt. Aufgrund heftiger öffentlicher Proteste wurde das Thema von polnischer Seite schnell totgeschwiegen. Zur gleichen Zeit kam es in Deutschland innerhalb der Regierungskoalition zu Differenzen über die Verteidigungspolitik von Verteidigungsministerin Christine Lambrecht. Anhänger des rechten Flügels und Kreise der Rüstungsindustrie forderten eine Aufstockung des Sondervermögens auf 300 Milliarden Euro und die Ernennung eines Militärgenerals zum Minister. Lambrecht trat schließlich zurück und wurde durch den als "Hardliner" bekannten ehemaligen niedersächsischen Innenminister Boris Pistorius ersetzt.

(Quelle: Vincent, Ciesla: Die zu lahme Kriegstreiberin. Christine Lambrecht tritt vom Ministerposten ab, Nachfolger Boris Pistorius geht in Stellung, in: Unsere Zeit, Essen 2023-01-20, Nr. 3.)

SCHLUSSFOLGERUNGEN FÜR POLEN

Seit Jahren dämonisieren polnische Regierungskräfte Russland (von der Sowjetunion ganz zu schweigen) und infizieren die polnische Öffentlichkeit mit einer vermeintlichen Bedrohung durch Russland. Dies ist das Hauptelement der polnischen Außenpolitik, unabhängig davon, ob die Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS) oder die so genannten Liberalen in Partnerschaft mit der Polnischen Volkspartei (PSL) an der Macht sind. Es entspringt alten antisowjetischen Phobien aus der Vorkriegszeit und der Zeit der Volksrepublik Polen und zugleich dem Wunsch oder besser der Illusion, den polnischen Einfluss im Osten wiederherzustellen. Diese Politik wirkt wie ein Relikt des früheren polnischen Drangs "nach Osten". Einige polnische Pseudopolitiker träumen von ehemaligen Besitztümern in Litauen, Weißrussland und der Ukraine und nicht nur von einem „Polen von Meer zu Meer“ (von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer), sondern von einem „Polen der drei Meere“ (bis hin zur Adria). Das sind Phantasien ohne jede wirtschaftliche, militärische oder geopolitische Grundlage. Sie beruhen auf den romantisch-abenteuerlichen Träumen der Nationaldemokraten und Piłsudskis, die im Polnisch-Sowjetischen Krieg 1919-1921 gipfelten und die falsche Vision einer bürgerlich-adligen Großmacht Polen schufen, die im September 1939 wie ein aufgeblasener Ballon zerplatze. In der heutigen Realität sind sie nicht nur ein Hirngespinnst, sondern eine geradezu schädliche Provokation, die Polen international schadet und dazu dient, das Bild Polens als eines besitzergreifenden und sogar

aggressiven Staates zu fördern. Gleichzeitig wird diese Initiative von der US-Politik als Waffe gegen Russland und die Europäische Union und insbesondere gegen die Stärkung Deutschlands in Europa instrumentalisiert. Der US-Krieg in der Ukraine festigt einmal mehr die Vormachtstellung der USA in Europa. Polen hingegen wird erneut für die Durchsetzung fremder Interessen missbraucht.

Auf einer völlig anderen klassenpolitischen Grundlage entstand 1944-1945 die Volksrepublik Polen, die dank des Bündnisses mit der Sowjetunion und den westlichen Alliierten die falschen Illusionen im Osten für immer aufgab: "Litauische Gebiete - an Litauen, weißrussische Gebiete - an Weißrussland, ukrainische Gebiete - an die Ukraine", verkündete das Manifest des Polnischen Komitees der Nationalen Befreiung im Juli 1944. Gleichzeitig kehrte Polen dank Jalta und Potsdam in die alten polnischen Gebiete Schlesien, Lubuskie, Pomorskie, Ermland und Masuren zurück und hatte 45 Jahre lang aufrichtige Freunde an allen Grenzen, genoss den Frieden, baute das Land wieder auf und brachte der Nation, vor allem der arbeitenden Bevölkerung, Wohlstand. Volkspolen war die größte Errungenschaft des polnischen Volkes in der über tausendjährigen Geschichte des polnischen Staates, vergleichbar nur mit der Zeit Kasimirs des Großen, von dem es heißt, er habe "ein hölzernes Polen vorgefunden und ein gemauertes hinterlassen".

Was heute geschieht, ist die Beteiligung Polens am neuen Kriegsabenteuer in der Ukraine (einschließlich der so genannten "humanitären Friedensmission der NATO"). Erstens wurde es nicht mit den wichtigsten NATO-Ländern abgestimmt, was zur Folge hat, dass die NATO direkt in den Konflikt zwischen Russland und der Ukraine hineingezogen wird und der Ausbruch des Dritten Weltkriegs droht. Zweitens nützt es Polen weder wirtschaftlich noch politisch. Der neue bürgerlich-neobanderistische ukrainische Staat ist und wird kein aufrichtiger Freund Polens sein. Der ukrainische Nationalismus hat Polen und die Polen immer als seinen Hauptgegner und sogar als seinen Feind betrachtet, was durch die tragische polnisch-ukrainische Geschichte gerechtfertigt wart, in der die polnischen Magnaten und Adligen die Kolonisatoren und Unterdrücker waren und die Russen und Ukrainer die unterdrückten und ausgebeuteten Völker. Die zweite Klinge des ukrainischen Nationalismus richtet sich gegen die "Moskowiter", d. h. gegen Russland, während die Ukrainer über die Köpfe der Polen hinweg Freunde und Verbündete suchten, vor allem unter den Deutschen (und jetzt auch Amerikanern), wie die jüngste ukrainische und europäische Geschichte beweist. Diese These wird durch die offiziellen Reden und das politische Verhalten führender ukrainischer Politiker nachdrücklich bestätigt.

Gleichzeitig verliert Polen mit Russland einen wichtigen Garanten der polnischen Grenze an Oder und Lausitzer Neiße. Am westlichen Horizont taucht nicht nur wieder eine große deutsche Armee auf, sondern auch die Sehnsucht (und sogar ein realer Plan) nach einem neuen Vierten Deutschen Reich, diesmal unter den Fittichen und dem Banner der Europäischen Union. Wieder einmal erklingt – nicht nur im Internet – das alte preußisch-germanische Lied: "Deutschland, Deutschland über alles, über alles in der Welt ..."

VORLÄUFIGE BILANZ DER KRIEGSVERLUSTE IN DER UKRAINE

Der Krieg in der Ukraine hat großes Leid und große Verluste auf ukrainischer Seite verursacht, er findet auf ukrainischem Territorium statt und führt zu Zerstörungen und Verlusten bei der Bevölkerung und der wirtschaftlichen Infrastruktur. Bombardiert werden Städte, Dörfer, Wohnhäuser, Industrieanlagen, die industrielle Infrastruktur einschließlich der Energie-, Wasser- und Wärmeversorgung. Zerstört werden Straßen, Brücken, insbesondere über große Flüsse, Häfen in Küstenstädten usw. Die Verluste und das Leid der Zivilbevölkerung sind enorm, und das Ausmaß der Zerstörung wird durch die wachsende Zahl der Kriegsflüchtlinge deutlich, die weit über 10 Millionen Menschen beträgt.

Der Krieg, in der Propaganda der Russischen Föderation als "militärische Spezialoperation" bezeichnet, sollte einige Tage, eine Woche dauern und mit einem großen Erfolg enden, nicht nur militärisch, sondern auch politisch. Ziel war es, schnell ein strategisches Übergewicht über die ukrainische Armee zu erlangen, um innerhalb weniger Tage den Staat lahm zu legen und, gestützt auf einen erwarteten internen Putsch, die "faschistische" Regierung zu stürzen und die Macht in Kiew und den wichtigsten Zentren der Ukraine zu übernehmen. Nach Einschätzung des russischen Geheimdienstes sollten die Truppen der Russischen Föderation vor allem in der Ostukraine, aber auch in der Südukraine, die wieder (wie unter dem Zaren) Neurussland genannt wurde, von der – von den Neobanderisten unterdrückten – Bevölkerung mit Blumen, Brot und Salz begrüßt werden.

Diese Einschätzung entsprach in keiner Weise der prorussischen Stimmung der Bevölkerung in diesen Gebieten der Ukraine. Die ukrainische Armee leistete heftigen Widerstand gegen die "militärische Spezialoperation". Fast zehn Jahre nach dem Staatsstreich vom Februar 2014 und der sogenannten "Revolution der Würde" ging die Ukraine mit aller Härte gegen die prorussische Opposition, einschließlich der promoskauischen Oligarchie, vor. Die Kommunistische Partei der Ukraine ist verboten. Die

rechtsnationalistischen Kräfte schwenkten nicht nur auf eine politische und wirtschaftliche Kooperation mit den USA und den Ländern der Europäischen Union ein, sondern auch auf eine enge Zusammenarbeit mit der NATO, eine radikale Stärkung der Armee und eine Militarisierung des Staates. Sie erklärten ihren festen Willen, sich den Strukturen der NATO anzuschließen und sich um einen baldigen Beitritt zur Europäischen Union zu bemühen. In der Folge erhielten die ukrainischen Streitkräfte umfangreiche Unterstützung durch die Lieferung moderner, nicht nur defensiver Waffen. Eine wichtige Rolle bei der Entwicklung der neuen ukrainischen Kriegsdoktrin spielten Offiziere und Spezialisten aus NATO-Staaten, die die Armee für einen möglichen zukünftigen Krieg mit Russland ausbildeten.

Damit einher ging eine intensive politisch-ideologische Tätigkeit im Geiste des offenen ukrainischen Nationalismus und Faschismus, die sich vor allem auf die Geschichte der ideologischen, politischen und organisatorischen Strömungen der Organisation Ukrainischer Nationalisten (OUN) und der Ukrainischen Aufständischen Armee (UPA) und ihrer Führer stützte. Stepan Bandera, Roman Schuchewytsch, Jewgen Konowalez und andere wurden als neue große ukrainische Helden aufgebaut, während gleichzeitig die Sowjetunion, die Ukrainische Sozialistische Sowjetrepublik und ihre politisch-ideologischen Grundlagen – der wissenschaftliche Kommunismus und die sozialistische Gesellschaftsordnung – ausgelöscht und verfälscht wurden. In der Innen- und Außenpolitik der Ukraine wurde die UdSSR und nach deren Zerfall 1991 die Russische Föderation zum Hauptfeind. Die siegreichen nationalistisch-faschistischen Parteien und Gruppierungen konstruierten einen neuen Patriotismus, der mit der offiziell verkündeten Demokratie und Freiheit nichts zu tun hat. Im Gegenteil, er bedeutet die nationale Unterdrückung zahlreicher anderer Völker und Nationalitäten, von denen viele seit Jahrhunderten in der Ukraine lebten, vor allem der russischsprachigen Bevölkerung.

Die Verbindungen zur sowjetischen und sogar zur russischen Kultur wurden unterbrochen, wenn nicht gar ausgelöscht. So wurde beispielsweise der Gebrauch der russischen Sprache in Ämtern, Schulen und anderen öffentlichen Einrichtungen gesetzlich verboten. Nicht nur die Sowjetunion, sondern auch die Russische Föderation einschließlich des als "Moskauer" bezeichneten historischen Russlands, wurde zum Hauptfeind der herrschenden Kräfte des neuen ukrainischen Staates, zu dessen ideologischen und politischen Grundlagen Nationalismus, Bandera-Ideologie, Faschismus, Antikommunismus, Verbot oppositioneller Parteien und massive Korruption gehören. Tatsächlich wurde in der Ukraine die schlimmste Form des oligarchischen Kapitalismus etabliert, dessen harte politisch-militärische Diktatur eine kryptofaschistische, stark zentralisierte und korrupte Regierungsform annahm, die die grundlegenden sozialen und politischen Rechte nicht respektierte und nicht in der Lage war, den Bürgern grundlegende wirtschaftliche und soziale Bedingungen zu bieten. In dieser Situation wuchs die Forderung nach einer "Herrschaft der starken Hand", die nach dem Putsch im Februar 2014, dem Sturz des rechtmäßig vom Volk gewählten Präsidenten Viktor Janukowitsch und dem Verbot der Oppositionsparteien (Kommunisten, Sozialisten etc.) ihren Ausdruck in der wachsenden Rolle der ukrainischen Streitkräfte und der Polizei fand, deren Kern oligarchische Bataillone vom Typ "TRYZUB" und "ASOW" wurden. Nicht umsonst wird die Ukraine von Kennern der ukrainischen Problematik als "gescheiterter Staat" bezeichnet, der vom US-Imperialismus als bewaffneter Brückenkopf für die endgültige Zerstückelung Russlands, den Raub seiner Reichtümer und die anschließende Niederschlagung der Volksrepublik China benutzt werden soll.

Gleichzeitig befand und befindet sich die ukrainische Wirtschaft im Zustand des völligen Zusammenbruchs, wie die sinkenden Kennziffern der industriellen und landwirtschaftlichen Produktion zeigen. Infolgedessen wurde die Auswanderung nicht nur in westliche Länder, sondern auch nach Russland zu einem Massenphänomen. Man schätzt, dass vor Kriegsausbruch etwa 4 Millionen Menschen nach Russland, etwa 2 Millionen nach Polen und etwa 4 Millionen in andere westliche Länder emigrierten um dort zu arbeiten. Heute, ein Jahr nach Ausbruch des Krieges, haben etwa 10 Millionen Menschen die Ukraine verlassen, vor allem als Kriegsflüchtlinge. Diese Zahlen zeigen, wie entvölkert die Ukraine geworden ist. Insgesamt beläuft sich die Zahl der Emigranten auf etwa 20 Millionen. Erinnern wir uns: In den letzten Jahren der Sowjetukraine lebten dort mehr als 52 Millionen Menschen, heute sind es 32 Millionen. Diese Zahlen sprechen für sich, es gibt einen massiven Entvölkerungsprozess in der Ukraine, der natürlich die einzelnen Regionen unterschiedlich stark betrifft, aber die Zahlen sind einfach erschreckend und sie sind nicht nur eine Folge des Krieges.

Experten haben errechnet, dass die wirtschaftliche Infrastruktur zu 45 bis 50 Prozent zerstört ist. Ganze einst blühende Industriegebiete liegen in Trümmern, vor allem im Donbas, teilweise in Saporoschje, Dnipropetrowsk (heute Dnipro), Mariupol, Charkiw, Cherson. Große Teile des Ackerlandes sind vermint. Je länger der Krieg dauert, desto größer wird das Ausmaß der Zerstörung. Experten nennen unterschiedliche Zahlen, je nachdem, zu welchem Zeitpunkt sie ihre Einschätzung abgeben. Schätzungen zufolge belaufen sich die Zerstörungen auf bis zu 1 Billion Dollar. Der Wiederaufbau der Ukraine mit ausländischer Hilfe wird voraussichtlich 15 bis 20 Jahre dauern. Es sei daran erinnert, dass die Ukraine in Europa zu den Ländern mit dem niedrigsten Bruttoinlandsprodukt (BIP) gehört und der Staatshaushalt nur durch ständige

ausländische Kredite aufrechterhalten werden kann. Dabei handelt es sich um enorme Summen und es wird geschätzt, dass die Summe der Mittel für Rüstung und andere Formen von Krediten und Subventionen allein in einem Jahr bereits 100 Milliarden Dollar überschritten hat.

Die militärischen Verluste sind das größte Staatsgeheimnis. Wenn die militärischen Informationsdienste über Verluste berichten, dann meist nur über die des Feindes. Selten werden Daten über eigene Verluste veröffentlicht, da dies negative Auswirkungen auf die Moral der Armee und der Bürger haben könnte. Diese Informationsasymmetrie gilt auch für die polnischen Massenmedien, die nur selten über ukrainische Verluste berichten, während die russischen Verluste ausführlich dargestellt werden (als ob Polen eine direkte Konfliktpartei wäre). Es ist uns gelungen, Quellen zu finden, die über Verluste auf beiden Seiten seit Januar 2023 berichten, also nach fast einem Jahr der Kampfhandlungen. Nach Angaben des Verbandes der Reserveoffiziere und Veteranen der Russischen Föderation (Daten aus dem Internet, abgerufen am 26.2.2023) verlor die Ukraine 157.000 Gefallene, darunter 17.200 Gefangene, 251.000 wurden verwundet. Die Gesamtverluste einschließlich der Gefallenen und Verwundeten beliefen sich auf 408.000 Mann. Schätzungsweise 50% der Verwundeten kehrten nicht in den Dienst der bewaffneten Einheiten zurück, so dass sich die Gesamtverluste auf 270.000 Mann beliefen. Weitere personelle Verluste der ukrainischen Armee: 234 Militärausbilder und 2.458 Militärangehörige aus NATO-Staaten (NATO und NATO-Staaten sind offiziell nicht am Konflikt beteiligt), 5.360 ausländische Söldner; insgesamt 8.058 Soldaten mit unterschiedlichem organisatorischem und militärischem Status.

Diese Zahlen wurden im Wesentlichen durch den Oberbefehlshaber der ukrainischen Streitkräfte General V. Zaluzhnyy bestätigt, der die Zahl der Toten und Verwundeten, die definitiv aus dem Kampf ausgeschlossen wurden, mit 257.000 Mann angab.

Nach einer anderen Quelle, die vom Verband der Offiziere und Reservisten Russlands zitiert wird, beliefen sich die ukrainischen Verluste auf: 115.000 bis 120.000 Gefallene und Vermisste, 140.000 bis 120.000 Verwundete, die nicht zum Dienst zurückkehrten, 17.000 ukrainische Offiziere, darunter 200 Oberste und Oberstleutnants. Diese Zahlen sind zu 100 % bestätigt, aber die tatsächlichen Verluste können viel höher sein. Der Verband der Offiziere und Reservisten Russlands schätzte die ukrainischen Gesamtverluste auf 255.000 bis 270.000 Mann, was im Allgemeinen mit den Angaben der ukrainischen Armee und des israelischen Geheimdienstes übereinstimmte.

Ukrainische Verluste an Waffen und militärischer Ausrüstung (nach Angaben des israelischen Geheimdienstes): 302 Flugzeuge („zweifelsfrei“ 372 nach Angaben des Verteidigungsministeriums der Russischen Föderation), 212 Hubschrauber, 6.300 Panzer (7.511 nach Angaben des russischen Verteidigungsministeriums), 2.750 andere Kampffahrzeuge, 7.360 Feldartilleriegeschütze.

Russische personelle Verluste: 11.000 Gefallene und 35.000 Verwundete plus Verluste der Armee der Donezker Volksrepublik: 4.650 Gefallene und 20.500 Verwundete sowie Verluste der Armee der Lugansker Volksrepublik: 1.500 Gefallene und bis zu 4.000 Verwundete; insgesamt 17.500 Tote und 59.500 Verwundete. Diese Zahlen stimmen mit den Angaben des israelischen Geheimdienstes überein: 18.480 Tote und 44.500 Verwundete plus 323 Gefangene; insgesamt 63.300 Soldaten, davon 40.000 absolute Verluste und 29.300 Soldaten, die nach ihrer Genesung in die Armee zurückkehrten. In diesen Zahlen sind auch die Verluste der Truppen der Volksrepubliken Donezk und Lugansk sowie der sogenannten Wagner-Gruppe enthalten (was nicht korrekt ist).

Diese Zahlen sind höchst zweifelhaft, da sie in keinem Verhältnis zu den angegebenen ukrainischen Verlusten stehen. Erstens ist Russland in diesem Krieg die angreifende Seite, und Offensivaktionen erfordern in der Regel bis zu dreimal mehr Personal als Defensivaktionen, so dass sie theoretisch mit dem Faktor 3 multipliziert werden müssten. Berücksichtigt man jedoch, dass der Krieg nach den ersten Erfolgen der russischen Armee "festgefahren" war und den Charakter eines Stellungskrieges annahm, so ist dieser Koeffizient um den Faktor 2 zu reduzieren. Dennoch erscheinen die angegebenen russischen Verluste deutlich zu niedrig angesetzt.

Weitere russische Verluste: 29 Flugzeuge, 56 Hubschrauber, 889 Panzer, 200 sonstige Kampffahrzeuge, 427 Feldartilleriegeschütze. (Anmerkung: Die russischen Verluste scheinen, wie oben erwähnt, erheblich unterschätzt worden zu sein).

Flüchtlinge aus der Ukraine per 2.5.2023: 4.823.000, inoffiziell: 9.000.000. Warum eine so große Differenz von fast 50 %? Kürzlich veröffentlichte Daten aus Polen beziffern die Zahl der Flüchtlinge, die die ukrainisch-polnische Grenze überquert haben, auf bis zu 10.000.000, nach Rumänien auf ca. 1 Million, nach Ungarn auf 500.000 und in die Slowakei auf ca. 500.000 (von denen die große Mehrheit in die Tschechische Republik weitergereist ist). Die großen Unterschiede in den Angaben sind möglicherweise darauf zurückzuführen, dass ukrainische Staatsangehörige als temporäre "Gastarbeiter" problemlos die Grenze überqueren. Weitere Flüchtlingszahlen: 1.563.000 erhielten den Flüchtlingsstatus in Polen, nach polnischen Angaben ist die Zahl mindestens doppelt so hoch (ca. 3.000.000), 881.000 in Deutschland, 485.000 in der Tschechischen Republik.

(Quelle: Sadkov, Vladimir: Website der Allrussischen Versammlung und Union der Offiziere und der Slawischen Bewegung. Heruntergeladen aus dem Internet am 2.6.2023.)

MÖGLICHKEITEN ZUR BEENDIGUNG DES KRIEGES IN DER UKRAINE

Der Krieg in der Ukraine dauert nun schon über ein Jahr und die Konfliktparteien planen offiziell den endgültigen Sieg und die Niederlage des Feindes. Der Begriff "Konfliktparteien" ist nicht präzise genug. Offiziell wird der Krieg in der Ukraine von der Russischen Föderation geführt (als "militärische Spezialoperation"). Auf der anderen Seite steht die Ukraine, die von den USA, den NATO-Staaten und der Europäischen Union umfassend (politisch, militärisch und finanziell/wirtschaftlich) unterstützt wird. Die militärische Unterstützung äußert sich in der Lieferung von Waffen und militärischer Ausrüstung in größtmöglichem Umfang, in der Nutzung der US-Satellitenaufklärung usw. Die mit der Ukraine verbündeten Staaten sind keine Kriegsparteien, sie liefern Waffen und bilden Ukrainer auf ihrem Territorium und in ihren NATO-Stützpunkten aus. Eine Ausnahme bilden die mehr als 50.000 (?) ausländischen Freiwilligen, die in den "Internationalen Legionen" an der Seite der Ukraine kämpfen. Während der Krieg eskaliert, drängen extremistische Kräfte in Polen, den baltischen Staaten und anderen Ländern auf eine direkte Unterstützung durch ihre nationalen Streitkräfte, was gegen das formale Nichteinmischungsgebot der NATO verstoßen würde. Es ist anzunehmen und zu hoffen, dass dies nur ein Ausdruck der zunehmenden reaktionär-extremistischen Stimmung in diesen Ländern ist und dass die "rote Linie" dieses Krieges nicht überschritten wird. Gleichzeitig betonen Vertreter US-amerikanischer Regierungskreise immer wieder, dass der Artikel 5 des NATO-Vertrages nach wie vor in Kraft sei, also bildlich gesprochen "einer für alle, alle für einen". Andererseits erklären US-Politiker, dass sie nichts gegen eine direkte Beteiligung z. B. Polens und der sog. "kleinen Koalition" (vor allem der baltischen Staaten) an aktiveren Formen der Hilfe für die Ukraine hätten, was als eine gewisse Aufweichung des Prinzips des Artikels 5 des NATO-Vertrages und als Signal an Russland verstanden werden kann, dass die USA in künftigen Gesprächen den Status dieser Länder nach den Vorstellungen Russlands aushandeln können?

Der Krieg in der Ukraine ist ein Stellvertreterkrieg zwischen Russland und den USA (und der NATO), der von der Europäischen Union unterstützt und in der Ukraine vor allem von russischen und ukrainischen Streitkräften geführt wird. Russlands Pläne, diese "Spezialoperation" schnell zu beenden, sind gescheitert, und die russische Armee ist in einen neuen Stellungskrieg verwickelt. Die Hoffnungen auf einen politischen Regimewechsel in Kiew haben sich zerschlagen. Russland verfügt nicht über ausreichende Kräfte, um den Widerstand der ukrainischen Armee (mit massiver Unterstützung des "kollektiven Westens") zu brechen. Der Krieg und das andauernde Kriegsrecht als staatliche Zwangsmaßnahme sowie die Aufhebung demokratischer Grund- und Freiheitsrechte, das Verbot von Oppositionsparteien, insbesondere der Kommunistischen Partei, und die Anerkennung von Bandera und anderen nationalistisch-faschistischen Gruppierungen als Leitideologie bilden die Grundlage für die Ausweitung der nationalen Unterdrückung erheblicher Teile der nicht-ukrainischen Bevölkerung, insbesondere der russischsprachigen Ukrainer, für die sowohl Ukrainisch als auch Russisch Amtssprachen sind. Auch viele andere nationale Minderheiten sind davon betroffen. Indes haben diese sprachlichen Unterschiede nicht zu einer derartigen nationalen Spaltung geführt, die zu einer staatlichen Spaltung der Ukraine führen könnte. Die Probleme verschärfen sich jedoch, wie die Massenflucht ukrainischer Bürger nicht nur nach Polen und in andere EU-Länder, sondern auch nach Russland zeigt. Hinzu kommt die massive Korruption, die bis in die höchsten Staatsorgane einschließlich der Armee reicht. Die wirtschaftliche und finanzielle Lage der Ukraine ist katastrophal, die großen materiellen Schäden an der grundlegenden Infrastruktur lassen den Schluss zu, dass es sich auch um eine humanitäre Katastrophe handelt. Der wirtschaftliche Niedergang vertieft sich (das BIP ist um ca. 50% gesunken), die Ukraine ist radikal entvölkert und kann ohne massive (nicht nur militärische) Hilfe der USA, der NATO und der EU faktisch nicht funktionieren.

Der Krieg in der Ukraine hat Russland Teilerfolge bei Gebietseroberungen gebracht, vor allem im Süden, der wie zu Zeiten des Zarenreichs „Kleinrussland“ genannt wird und Teile der Gebiete Charkiw, Saporischschja, Donezk, Lugansk und Cherson umfasst. Diese Eroberungen ermöglichen direkte Straßen- und Eisenbahnverbindungen zur Krim, die seit 2014 besetzt ist. Die Krim stärkt die strategische Position Russlands in Bezug auf den Zugang zum Schwarzen Meer, insbesondere zum großen Marinestützpunkt Sewastopol. Dies ist sehr wichtig für die Sicherung der nationalen Interessen Russlands im Schwarzen Meer und beseitigt die Gefahr, dass das Schwarze Meer von den USA und der NATO erobert und Russland vom Zugang zum Mittelmeer verdrängt wird. Es sei daran erinnert, dass eine solche Gefahr auch für die in Kronstadt und St. Petersburg stationierte Baltische Flotte besteht, wenn Finnland und Schweden der NATO beitreten und die reale Möglichkeit haben, den Finnischen Meerbusen zu blockieren und Kaliningrad zu isolieren. Für die russische Strategie in dieser baltischen Region ist eine kritische Situation entstanden. Es ist wahrscheinlich, dass im Generalstab der russischen Armee intensive Überlegungen angestellt werden, wie diese Situation gelöst werden kann, z.B. durch die Besetzung der sog. "Suwałki-Bucht" zwischen Polen und Weißrussland und vielleicht sogar durch eine Invasion in die baltischen Staaten, insbesondere Litauen.

Für Russland ist der Zugang zur Ostsee und zum Schwarzen Meer eine Frage von Leben und Tod, und es ist zu erwarten, dass Russland die weitreichendsten internationalen politischen und militärischen Schritte unternimmt, um diese Bedrohung abzuwehren. Dies ist eine potenziell düstere Perspektive für Polen.

Dabei ist auch zu berücksichtigen, dass die militärischen Kampfhandlungen bisher ausschließlich auf dem Territorium der Ukraine stattgefunden haben, die enorme Schäden nicht nur in militärischer Hinsicht, sondern vor allem auch in der Wirtschafts-, Energie- und Kommunikationsinfrastruktur sowie durch die Zerstörung von Städten und Dörfern erlitten hat. Dies bedeutet eine wirtschaftliche und humanitäre Katastrophe für die Ukraine, vor allem für die Zivilbevölkerung, wie die oben genannten Zahlen bestätigen. Natürlich stellt sich die Frage der völkerrechtlichen Verantwortung, der Reparationen und Kriegsschädigungen sowie des Schicksals der von Russland besetzten Gebiete, einschließlich der Krim. Diese Faktoren bedeuten, dass Russland nicht so leicht an den Verhandlungstisch kommen wird, dass es immer noch über große Reserven und ein starkes kriegswirtschaftliches Potenzial verfügt und dass es trotz der Verluste eine große Unterstützung der Bevölkerung für die Führung, auch persönlich für die Politik von W. Putin gibt. Dies wirft die Frage auf, ob und unter welchen Bedingungen Russland an den Verhandlungstisch zurückkehren kann. In den westlichen Medien wird die Möglichkeit eines erneuten Militärputsches diskutiert, der Putin entmachten würde. Dabei handelt es sich um theoretische Überlegungen. Jedenfalls deutet derzeit nichts auf ein schnelles Ende des Krieges hin. Das weitere Schicksal des Konflikts wird wohl von der Politik Washingtons und auch Chinas abhängen.

Der Krieg in der Ukraine hat die fortschrittliche Öffentlichkeit nicht nur in Europa auf die große Gefahr eines Krieges aufmerksam gemacht, der auf einem Kontinent ausgebrochen ist, der seit dem Zweiten Weltkrieg keinen Krieg mehr erlebt hat. In der Tat hatte es in Europa seit 1945 keinen Krieg mehr gegeben, wenn man von dem kurzen Krieg in Jugoslawien am Ende des 20. Jahrhunderts absieht. Die (eskalierenden) Kämpfe in der Ukraine zeigen, dass Krieg auch einen Kontinent treffen kann, der jahrzehntelang relativen Frieden genossen hat, während der gegenwärtige Krieg mit modernsten Zerstörungsmitteln geführt wird, die nicht nur auf die personellen Kräfte des Gegners zielen, sondern auch lebenswichtige Elemente der wirtschaftlichen Infrastruktur, Wohnhäuser, das Stromnetz (einschließlich der realen Bedrohung von Kernkraftwerken), Wasser- und Abwassersysteme, Straßen, Häfen usw. perfekt zerstören. Politiker auf beiden Seiten warnen (bisher) vor der Möglichkeit des Einsatzes von Atomwaffen. Es ist daher verständlich, dass die fortschrittliche Weltöffentlichkeit über die Verschärfung und Ausweitung des Konflikts besorgt ist, wie die massiven Antikriegsproteste vor allem in westeuropäischen Ländern, darunter Deutschland, Frankreich und seit kurzem auch Bulgarien, zeigen. Diese Proteste sind nicht nur pazifistisch geprägt, sondern werden zunehmend von ökonomischen Parolen und Forderungen nach einem Systemwechsel begleitet. „Nieder mit dem Krieg, es lebe der Frieden!“, "Statt neuer Rüstung Mittel für Wohnungsbau, Bildung, Gesundheit", "Lösung der sozialen Probleme der Werktätigen, Abbau der Arbeitslosigkeit", "Nieder mit der NATO" etc. Proteste aus liberal-demokratischen Wissenschafts- und Kulturkreisen werden laut, z.B. fand in Polen auf Initiative von Frau Prof. M. Szyszkowska Anfang März 2023 in Warschau eine Konferenz unter dem Titel "Friedenskongress" statt, auf der verschiedene Bedrohungen und Kriegsgefahren diskutiert und ein Appell zur Verteidigung des Friedens formuliert wurden.

In dieser Situation verdient der kürzlich vom Außenminister der VR China vorgelegte "Friedensplan" besondere Aufmerksamkeit. Die Tatsache, dass China offiziell einen solchen Plan vorgelegt hat, beweist, dass die Möglichkeit, den Krieg zu beenden, immer realer wird. Entgegen allem Anschein liegen die Schlüssel dazu nicht in Moskau und Kiew, sondern in Washington und Peking. Kenner der Materie sind schon lange zu dem Schluss gekommen, dass die USA die treibende Kraft hinter dem Krieg sein werden, solange er ihren Interessen dient. Inzwischen ist der Krieg in weiten Teilen der amerikanischen Gesellschaft sehr unpopulär geworden, Rezession und Wirtschaftskrise, steigende Ausgaben für neue Rüstungsgüter (das Pentagon-Budget wurde für 2023 auf fast 900 Milliarden Dollar erhöht) wecken den Widerstand der Arbeiterschaft, der sich in Kritik an der regierenden Demokratischen Partei niederschlägt. Die Finanzkrise und der Wertverlust des Dollars machen sich bemerkbar. Politische Pluspunkte sammelt wieder einmal Ex-Präsident Donald Trump, der angekündigt hat, nach seiner Wahl zum Präsidenten den Krieg sofort zu beenden und sogar "die NATO aufzulösen". Ob er sein Wort nach der Wahl hält, wird sich zeigen, aber er nutzt die Abneigung der Wähler gegen Bidens Politik geschickt aus.

Gleichzeitig ist China, das dem Konflikt bisher neutral gegenüberstand, besorgt über dessen Verlängerung und die erwiesene Schwäche Russlands, nicht nur in wirtschaftlicher, sondern auch in militärischer Hinsicht. Der Krieg in der Ukraine hat die Politik der "Neuen Seidenstraßen", von denen zwei durch die Ukraine führen, schwer getroffen und Chinas Handlungspotenzial mit Westeuropa stark geschwächt. Hinzu kamen Sanktionen und Embargos, die die chinesische Wirtschaft ebenfalls in Mitleidenschaft zogen. Das BIP des Landes ist auf ein Wachstum von 3 % im Jahr 2022 gesunken (Internetdaten, Februar 2023). Dies ist ein Warnsignal für die chinesische Führung, schnell und effektiv zu handeln. Ob dies den gewünschten Effekt hat, bleibt abzuwarten. In jedem Fall lohnt es sich, die chinesische Argumentation genauer zu betrachten.

Die Volksrepublik China ist eine Großmacht, ständiges Mitglied im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen und unterhält gute Beziehungen zu Russland, mit dem sie auch im Rahmen der Shanghai Cooperation Organisation (SCO) und der BRICS sowie im Rahmen bilateraler militärischer Zusammenarbeit kooperiert. In den Vereinten Nationen hat sich die VR China der Stimme enthalten und die Russische Föderation nicht verurteilt. Nicht nur deshalb genießt sie den Respekt und die Wertschätzung Russlands. Das wirtschaftliche und finanzielle Potential der VR China übertrifft das Russlands bei weitem (das 10fache BIP). Russland leiht sich Geld von China und ist zu dessen "Juniorpartner" geworden. Russlands einziger Vorteil liegt in der Produktion relativ moderner militärischer Ausrüstung, die von China gekauft wird. Man könnte meinen, dass Chinas friedliche Vorschläge in Moskau vielleicht nicht mit Begeisterung, aber doch mit Aufmerksamkeit aufgenommen wurden. Es sei daran erinnert, dass Xi Jinping vor Ausbruch des Krieges die Ansicht vertrat, die beste Lösung für die Ukraine sei, den Status eines neutralen Staates anzunehmen und auf eine NATO-Mitgliedschaft zu verzichten. Eine neutrale Ukraine wäre eine wichtige Brücke nicht nur für die wirtschaftliche, sondern auch für die politische Zusammenarbeit zwischen Ost und West. Doch schon bald gewannen die Kräfte des Krieges die Oberhand.

Heute, nach über einem Jahr Krieg, befinden sich beide Seiten in einer Art Pattsituation. Militärs und Politiker lassen ihre Muskeln spielen und sind nicht bereit, auch nur über einen Waffenstillstand zu sprechen. Ein neuer politischer Akt war der Besuch des amerikanischen Präsidenten J. Biden Ende Februar dieses Jahres nicht nur in Polen, sondern auch in Kiew. Der amerikanische Präsident landete in Rzeszów, von wo aus er mit dem Zug von Przemyśl nach Kiew und zurückreiste. Ein solcher Besuch konnte nicht ohne ausführliche Gespräche mit der russischen Seite stattfinden, in denen die Sicherheitsbedingungen für einen solchen Besuch von russischer Seite (ganz zu schweigen von den ukrainischen Diensten) festgelegt und absolut garantiert wurden. Diese Gespräche können somit als ein erster informeller Schritt zu weiteren Treffen und Gesprächen angesehen werden, die darauf abzielen, die Möglichkeit einer Beendigung des Krieges gerade in einer militärischen Pattsituation auszuloten. In diesem Zusammenhang ist es kein Zufall, dass etwa zur gleichen Zeit ein chinesischer Friedensvorschlag auftauchte. Wir kennen die Details nicht, aber diese Tatsachen könnten darauf hindeuten, dass beide Großmächte nach einer friedlichen Lösung suchten.

Kernpunkte des chinesischen Friedensplans

1. Achtung der Souveränität aller Staaten, d. h. die Anerkennung der Unabhängigkeit, Souveränität und territorialen Integrität der Konfliktparteien. Dazu gehört auch der Abzug der ausländischen Truppen aus der Ukraine, also vor allem der russischen Armee, aber auch der zahlreichen Söldnertruppen ("Legionen"), der massiven Militärhilfe und der NATO-Berater. Ob die derzeitige russische Führung dem zustimmen wird, ist sehr fraglich. Das bedeutet, dass sich Russland aus den besetzten Gebieten von Teilen der Bezirke Charkiw, Donezk, Lugansk und Cherson und sogar von der Krim zurückziehen müsste. Die Eingliederung dieser Gebiete in die Russische Föderation erfolgte übrigens per Dekret des russischen Präsidenten nach einem Referendum unter Kriegsrecht und wird daher nicht nur von Kiew, sondern auch von der internationalen Öffentlichkeit in Frage gestellt.
2. Abkehr von der Mentalität des Kalten Krieges. Das bedeutet, dass die Sicherheit eines Landes nicht auf Kosten anderer Länder angestrebt werden darf. So darf sich Russland durch die NATO-Osterweiterung nicht bedroht fühlen, muss aber gleichzeitig die Existenz einer unabhängigen und souveränen Ukraine akzeptieren. Sowohl die Ukraine als auch Russland müssen das Gefühl und die Garantie umfassender internationaler Sicherheit haben. Realistisch wäre dies mit dem Status der internationalen Neutralität der Ukraine und den Garantien der Großmächte für ihre Unabhängigkeit, die auch die Russische Föderation zu respektieren hätte. Gleichzeitig würde Russland nicht durch eine weitere Osterweiterung der NATO bedroht.
3. Einstellung der kriegerischen Handlungen, die natürlich mit dem Rückzug der russischen Truppen einhergeht. Möglicherweise wäre eine UN-Friedenstruppe notwendig, um die Konfliktparteien voneinander zu trennen.
4. Wiederaufnahme von Friedensgesprächen. Es ist unerlässlich, Staaten, Organisationen und Persönlichkeiten mit anerkannter Autorität einzubeziehen, die von beiden Seiten respektiert werden.
5. Lösung der humanitären Krise. Grundvoraussetzung: Einstellung der Kampfhandlungen, Rückkehr der Flüchtlinge, internationale humanitäre Hilfe, insbesondere durch die UNO. Wiederaufbau des Landes, Beseitigung der Kriegsschäden. Über Mittel, Kosten, Kriegsschuld, Reparationen und Entschädigungen etc. schweigt sich der Plan aus.
6. Schutz der Zivilbevölkerung und der Kriegsgefangenen. Das bedeutet Einhaltung des humanitären Völkerrechts, Schutz von Frauen und Kindern, Schutz ziviler Einrichtungen.

7. Aufrechterhaltung der Sicherheit der Atomkraftwerke. Dies ist eine nicht verhandelbare Bedingung, ebenso wie ein absolutes Verbot des Einsatzes von Atomwaffen oder auch nur der Androhung ihres Einsatzes.

8. Reduzierung der strategischen Risiken. Verbot von Atomwaffen, was selbstverständlich ist, siehe oben.

9. Erleichterung des Getreideexports. Als Produzent von ca. 100 Mio. Tonnen Getreide ist die Ukraine ein wichtiger Lieferant von Nahrungsmitteln für andere Länder, die unter Nahrungsmittelknappheit leiden. Dies ist nicht nur ein Handelsproblem, sondern auch ein humanitäres Problem auf globaler Ebene.

10. Beendigung der einseitigen Sanktionen (vor allem gegen Russland).

11. Aufrechterhaltung der Stabilität der Industrie und der Lieferketten. Das bedeutet, dass die Wirtschaft nicht als Instrument oder Waffe für politische Zwecke missbraucht werden darf. Krisen müssen gemildert und nicht verschärft werden. Dies ist von entscheidender Bedeutung für die chinesische Seidenstraße, die durch die Ukraine führt.

12. Unterstützung des Wiederaufbaus der Ukraine nach dem Konflikt. Dieser Punkt dürfte vor allem auf russischer Seite sehr umstritten sein.

(Quelle: Małkiewicz, Andrzej: Die 12 Punkte von Chinas "Friedensplan", in: lewicowydolnyslask.pl, Website des Niederschlesischen Rates der Vereinigung "Pokolenia" Wrocław, abgerufen am 2023-02-27.)

Diese Vorschläge werden in der ganzen Welt sorgfältig analysiert, vor allem in den Hauptstädten der USA, Russlands, in Kiew, aber auch in Europa, am wenigsten in Polen. Hoffen wir, dass dieser Plan nicht nur in pazifistischen Kreisen, sondern auch in den politischen Kreisen der Hauptkonfliktparteien Diskussionen auslöst und dass er mit der Zeit zu einer Annäherung der Standpunkte und zur Entwicklung einer breiteren Basis nicht nur für Diskussionen, sondern für echte Friedensverhandlungen führt. Frieden in der Ukraine ist nicht nur für die Ukraine und Russland notwendig, sondern auch für Europa und die Welt. Er sollte mit einer Vereinbarung über einen sofortigen Waffenstillstand beginnen. Der erste konkrete Schritt zur Beendigung dieses gefährlichen Krieges ist bereits getan. Der zweite Schritt liegt in den Händen Washingtons.

Der chinesische Präsident Xi Jinping hat vom 21. bis 23. März der Russischen Föderation einen offiziellen Besuch abgestattet und wichtige Gespräche mit dem russischen Präsidenten W. Putin geführt. Offiziell stand der Besuch unter dem Motto "Freundschaft und Zusammenarbeit" und war Medienberichten zufolge das 40. Treffen der beiden Politiker. Die Beziehungen zwischen den beiden Ländern sind seit Jahren korrekt bis freundschaftlich und basieren auf der unmittelbaren Nachbarschaft sowie auf zahlreichen gemeinsamen Interessen und der Zusammenarbeit im Rahmen von SOE und BRICS. Aus den veröffentlichten Kommuniqués geht hervor, dass die VR China über den anhaltenden Konflikt und die offensichtliche Schwäche Russlands nicht nur in wirtschaftlicher, sondern auch in militärischer Hinsicht, besorgt ist. Die Eskalation des Krieges, der sich zu einem Weltkrieg auszuweiten droht, sogar mit der Möglichkeit des Einsatzes von Atomwaffen, ist eine ernste internationale Sorge. Der Krieg in der Ukraine hat die Wirtschafts- und Handelsbeziehungen Chinas mit Westeuropa stark eingeschränkt, eine wichtige Route der "Seidenstraße" ist unterbrochen. Im Jahr 2022 erlebte die chinesische Wirtschaft einen schweren Einbruch mit einem BIP-Wachstum von nur 3 % gegenüber 6 bis 7 % in den Jahren zuvor. In den offiziellen Verlautbarungen heißt es, das Treffen habe in einer "traditionell guten und freundschaftlichen Atmosphäre" stattgefunden, doch zwischen den Zeilen ist zu lesen, dass der chinesische Staatschef seine Besorgnis über den anhaltenden Krieg zum Ausdruck gebracht und Putin davon überzeugt hat, den "chinesischen Friedensplan" sorgfältig zu prüfen und daraus Schlussfolgerungen zu ziehen, wie der Krieg in der Ukraine unter Berücksichtigung der vitalen Interessen der Konfliktparteien - nicht nur Russlands und der Ukraine, sondern vor allem der USA, der NATO und der Europäischen Union - beendet werden kann. Ob der chinesische Friedensplan von den anderen Parteien angenommen wird, wird sich in den kommenden Monaten zeigen.

Eine andere Frage ist, wie er nicht nur im Kreml, sondern auch bei den russischen Oligarchen ankommt, die in der Frage des Krieges in der Ukraine, aber auch in ihrem Verhältnis zum internationalen westlichen Kapital sehr gespalten sind. Die Frage der internationalen Verantwortung für die Folgen dieses Krieges ist nicht nur für die Ukraine eine offene Frage. Eine ähnliche Frage ist, wie es mit Russland nach Putin weitergeht, wobei es nicht nur um das persönliche Schicksal des russischen Führers geht, sondern auch um das weitere Schicksal der Russischen Föderation, ob sie den vielen negativen Folgen eines de facto verlorenen Krieges standhalten kann. Russland könnte sogar der Zerfall drohen, was nicht nur eine Katastrophe für das Land selbst, sondern auch eine große Destabilisierung für beide Kontinente und sogar

für die Welt bedeuten würde. Generell hat der gegenwärtige Krieg die großen Schwächen des oligarchisch-bürgerlichen Russlands offenbart, die sich konsequent in den Zerfallsprozess der UdSSR seit dem Ende des 20. Jahrhunderts einreihen. Die einzige Möglichkeit, Russland vor dem totalen Zusammenbruch zu retten, sieht der Autor in einem revolutionären Sturz der gegenwärtigen bürgerlich-oligarchischen Ordnung und in der Errichtung der Macht des arbeitenden Volkes, eines neuen sozialistischen Staates, etwas nach dem Vorbild der UdSSR. Eine solche Revolution würde es ermöglichen, den gegenwärtigen ungerechten bilateralen Krieg in einen Krieg des Volkes zu verwandeln, einen gerechten Krieg, der die Arbeiterklasse und andere Werktätige mobilisieren würde, nicht nur für die Unabhängigkeit Russlands zu kämpfen, sondern auch für ein gerechtes Gesellschaftssystem als Ziel der Bestrebungen und Kämpfe der anderen Völker der ehemaligen Sowjetunion. Ein solcher Systemwechsel würde die Voraussetzungen für die Herausbildung einer günstigeren gesellschaftspolitischen Situation und für den Kampf um soziale Gerechtigkeit und Sozialismus nicht nur in Russland und der ehemaligen UdSSR, sondern auch in anderen Regionen und Kontinenten der Welt schaffen. Eine andere Lösung besteht darin, die Erfahrungen der KPCh und der VR China zu nutzen und auf friedlichem Wege eine sozialistische Marktwirtschaft zu errichten, was Russland neue Möglichkeiten eröffnen würde. Die kommenden Monate und Jahre werden zeigen, ob sich diese Prognosen bewahrheiten.

Prof. Dr. habil. Zbigniew Wiktor

Wrocław, April 2023

Literatur

Bielecki, Jędrzej: Putin handelt sehr brutal, aber bisher ist er noch nicht verrückt geworden. Interview mit dem deutschen Botschafter in Polen Arndt von Loringhoven, in: Rzeczpospolita, 2022-03-01, Nr. 49/2022.

Vincent, Ciesla: Die zu lahme Kriegstreiberin. Christine Lambrecht tritt vom Ministerposten ab, Nachfolger Boris Pistorius geht in Stellung, in: Unsere Zeit, Essen 2023-01-20, Nr. 3.

Lewandowski, Janusz: Die Ukraine oder der große Platz des Wiederaufbaus. Wird sich Polen am Wiederaufbau der Ukraine beteiligen? in: Gazeta Wyborcza, 2023-02-25/26, Nr. 47/19239, S. 21-23.

Małkiewicz, Andrzej: Die 12 Punkte von Chinas Friedensplan, in: Lewicowydolnysląsk, Website des Niederschlesischen Rates der Vereinigung „Pokolenia“ Wrocław, abgerufen am 2023-02-27.

Partjonow, Denis: Die Völker brauchen Frieden, in: Unsere Zeit, Essen 2022-04-01, Nr. 13.

Rechte „Helden“ der Ukraine, in: International /AIB 126/ 1.2020/ 6.7.2020. hier zitiert nach: „RotFuchs“, April 2022, Nr. 221, S. 17.

Wagner, Jürgen: Der NATO-Prolog des Ukraine-Krieges. Die NATO, Russland und der jahrzehntelange Weg in die Eskalation, in: Arbeiterstimme, Zeitschrift für marxistische Theorie und Praxis, Nürnberg Frühjahr 2022, Nr. 215.

Wagner, Jürgen: NATO-Expansion? Niemals ..., in: „RotFuchs“, März 2022, Nr. 290, S. 2.

Sadkov, Vladimir: Website der Allrussischen Versammlung und Union der Offiziere und der Slawischen Bewegung. Heruntergeladen aus dem Internet am 2023-02-26.

Willerding, Joachim: Containment - 75 Jahre und kein Ende, in: „RotFuchs“, April 2022, Nr. 221, S. 2.

Wiktor, Zbigniew: Die Volksrepublik China – eine Chance für die Welt, Polen und den Sozialismus, Jubiläumsausgabe von Prof. Dr. hab. Zbigniew Wiktor anlässlich des 80. Geburtstages und des 50. Jahrestages der Verteidigung seiner Habilitation, Verlag Marszałek Development & Press, Toruń 2022:

Xi Jinpings Besuch in Rußland, zahlreiche Berichte von Nachrichtenagenturen, veröffentlicht im März 2023 online.

Xi Jinping: The Governance of China, Bd. IV. Foreign Languages Press, Peking, China 2022.

Das Mitglied unseres Autorenkollektivs Zbigniew Wiktor ist emeritierter ordentlicher Professor der Universität Wrocław.

Aus dem Polnischen von Jörg Eisenträger

